



Gewerkschaft: Baufirmen droht verschärfter Fachkräftemangel

IG BAU: Verstärkt in Schulen werben

Die Bauwirtschaft steuere auf einen immer größeren Fachkräfte-Engpass zu, warnt die Gewerkschaft IG BAU. „Während die Baukonjunktur so gut da steht wie zuletzt Ende der 1990er-Jahre, finden heimische Unternehmen oft keine Fachleute mehr“, sagt Karina Pfau. Die Bezirksvorsitzende der IG BAU nennt den Trend ein „Alarmsignal“.

Vom Zimmerer bis zum Estrichleger fehlten in der Region Spezialisten in nahezu allen Bausparten. Pfau sieht hierfür einen doppelten Grund: „Einerseits haben viele Firmen trotz anziehender Auftragslage ihre Personaldecke in den letzten

Jahren nicht ausreichend aufgestockt. Andererseits hat der Bau mit einem großen Nachwuchsproblem zu kämpfen. Zwar verdienen Azubis hier mehr als in allen anderen Branchen – doch immer mehr Schulabgänger zieht es an die Uni.“

Die IG BAU schlägt vor, in Schulen verstärkt für eine Handwerksausbildung zu werben. „Vielen gilt ein Studium als Nonplusultra – obwohl Karriere- und Verdienstmöglichkeiten in der Bauwirtschaft oft mindestens genauso gut sind“, sagt Pfau. Aber auch die Betriebe seien gefordert: „Sie sollten auf Qualität und gute Arbeitsbedingungen setzen.“

WAZ DU

IG BAU fordert Aufstand der Aufrichtigen für saubere Baustellen

Schwarzarbeit am Bau

Frankfurt am Main, 31.01.2018

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert mehr Anstrengungen gegen organisierte Kriminalität in der Bauwirtschaft. „Der gelungene Schlag des Zolls gegen Schwarzarbeit in Nordrhein-Westfalen wirft ein Schlaglicht auf die Verhältnisse am Bau. Wir sehen hier aber nur die Spitze des Eisbergs. Durch diesen Erfolg des Zolls wird offensichtlich, wie sehr die Verhältnisse in der Branche in Schieflage geraten sind. Alle Beteiligten müssen jetzt das Steuer herumreißen und dafür sorgen, dass die Bauwirtschaft nicht länger lukratives Betätigungsfeld von Schwerstkriminellen ist“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Es reicht nicht, Bündnisse gegen Schwarzarbeit, wie es sie für den Bau gibt, zu schließen. Sie müssen auch mit Leben gefüllt werden, sonst bleiben sie Papiertiger. Mehr Personal bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit für mehr Kontrollen ist eine unabdingbare Notwendigkeit, den Sumpf auszutrocknen. Darüber hinaus müssen aber ebenso Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Bundesländern geschaffen werden. Die IG BAU ist zudem bereit, aktiv bei Kontrollen mitzuwirken. Vorbildlich ist das Genfer Modell. Dabei kontrollieren Gewerkschafter gemeinsam mit Arbeitgeber Baustellen in der Schweiz.“

Gestern hatte der Zoll in Nordrhein-Westfalen bei einem Großeinsatz gegen Schwarzarbeit ein kriminelles Netzwerk aufgedeckt, an dem 450 Bauunternehmen beteiligt sein sollen. Der verursachte Schaden belaufe sich auf 38 Millionen Euro, hieß es.

„Der Staat ist nicht allein leidtragender. Alle Gesetzestreuern am Bau werden durch solche kriminellen Banden betrogen, und das Image der Branche geht den Bach runter. Der Staat und auch die Bauwirtschaft selbst müssen sich endlich entschieden gegen diesen Wildwuchs stemmen. Wir brauchen einen Aufstand der Aufrichtigen, damit nicht am Ende der Ehrliche der Dumme ist“, sagte Schäfers.



Geregelte Ausbildung im Handwerk ist ein Erfolgsmodell

Start der EU-Verhandlung über Zukunft der Ausbildung

Frankfurt am Main, 22.01.2018

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt vor einer Aushöhlung der bewährten dualen Ausbildung in Deutschland. Gerade im Handwerk ist sie ein Erfolgsmodell. Hintergrund sind die Ende dieses Monats startenden EU-Verhandlungen, mit dem Ziel qualitätssichernde Regelungen der Berufsausbildung unter anderem in Deutschland abzubauen.

Die IG BAU lehnt diese Änderungen ab. Insbesondere die geplante Verhältnismäßigkeitsprüfung anhand von sachfremden Kriterien neuer Inhalte der Ausbildungsordnungen im Handwerk bedroht deren notwendige Anpassung an die moderne Arbeitswelt.

Die IG BAU hat deshalb Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries angeschrieben und aufgefordert, sich in Brüssel für die Sicherung der qualitativ hochwertigen Ausbildungen einzusetzen.

„Wir stehen für ein geeintes Europa der guten Ausbildung und der guten Arbeit“, heißt es in dem gemeinsamen Brief des IG BAU-Bundesvorsitzenden Robert Feiger und des IG BAU-Vize Dietmar Schäfers an die Ministerin.

„Der positive Beitrag der Regulierung von Handwerksberufen für gute Arbeit und die wirtschaftliche Entwicklung muss endlich im Bewusstsein der europäischen Politik verankert werden und darf nicht alleine als Hindernis im europäischen Binnenmarkt betrachtet werden.“

Im Einzelnen fordert die IG BAU, dass die Meisterpflicht im Handwerk nicht in Frage gestellt und die Modernisierung von Ausbildungsordnungen nicht verzögert oder gar verhindert wird. Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung darf nicht dazu führen, dass die Sozialpartner mit mehr Bürokratie belastet werden. Zudem müssen die Prüfkriterien in einen freiwilligen Orientierungsrahmen umgewandelt werden.

Wichtig ist aus Sicht der IG BAU zudem, dass die Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht auf fachfremde Politikfelder wie zum Beispiel Entsendung und die Berufsanerkennung ausgeweitet wird.

Lokalkompass



BFW und IG BAU fordern neues Denken statt „Weiter so“, um Sozialen Wohnungsbau voranzutreiben

Berlin, 30.01.2018

„Das „Weiter so“ beim Sozialen Wohnungsbau im Sondierungspapier bedeutet nicht nur Stillstand, sondern Abbau von bezahlbarem Wohnraum. Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Bindung, als neue Sozialwohnungen gebaut werden. Das konnte die bisherige Förderung nicht aufhalten – und das wird sich auch nicht ändern, wenn diese nun in ähnlicher Höhe zwei Jahre fortgesetzt wird“, warnten der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Robert Feiger und Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, heute unisono anlässlich der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD.

„Wie schon bei der Grunderwerbsteuer, der Grund- oder Mehrwertsteuer gilt auch beim Sozialen Wohnungsbau: Bund, Länder und Kommunen verzichten auf keine ihrer Einnahmequellen – nicht einmal bei der Wohnraumschaffung für die Bedürftigsten. Mehr noch: Der Staat gibt seine Einnahmen durch die Förderung nicht einmal vollständig zurück“, kritisierte Ibel.

In den Jahren 2020/2021 werden ca. 160.000 neue Sozialmietwohnungen gebraucht, um den derzeitigen Bedarf zu decken (Quelle: Pestel Studie). Deren Bau würde allein ein Mehrwertsteueraufkommen von 4 Mrd. EUR generieren, rechnete Feiger vor. Die Förderung für diesen Zeitraum soll laut Sondierungsvereinbarung insgesamt 2 Mrd. EUR betragen.*

Dazu Feiger: „Die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt lässt es nicht zu, dass sich Bund und Länder im Windschatten des Neubaus ihre Kassen auch noch mit zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen füllen. Deutschland muss jetzt die von der EU Kommission soeben nochmals bestätigte Möglichkeit ergreifen, niedrigere Mehrwertsteuersätze zu erheben.“ Neben den Fördermitteln braucht es darüber hinaus auch einen reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Bauleistungen für den sozialen Wohnungsbau, so der IG BAU -Bundesvorsitzende.

BFW und IG BAU verweisen auf einen aktuellen Gesetzentwurf der EU-Kommission, der es den Mitgliedsstaaten künftig ermöglicht, niedrigere Steuersätze festlegen zu können. Mit den neuen Regeln sollen die EU-Staaten sicherstellen, dass diese ermäßigten Steuersätze „zugunsten des Endverbrauchers“ seien und „ein Ziel von allgemeinem Interesse“ darstellen.

„Von der künftigen Bundesregierung brauchen wir radikales Neues Denken statt „Weiter so“ – und zwar auch beim Sozialen Wohnungsbau. Mit einem niedrigeren Satz würde der soziale Wohnungsbau attraktiver für Investoren und würde den Schub bekommen, den er so dringend benötigt!“ resümierte BFW-Präsident Ibel. Der IG BAU-Bundesvorsitzende Feiger ergänzte: „Die Bundesregierung muss den Ball jetzt verwandeln, den die EU-Kommission ihr erneut zuspielt – zugunsten der Wohnraumsuchenden und Mieter mit kleinem Portemonnaie.“

* (Rechnung Aufkommen: $2.300 \text{ EUR/qm Wohnfläche} \times 60 \text{ qm} = 138.000 \text{ EUR/WE} \times 80.000 \text{ WE} = 10,88 \text{ Mrd. EUR}$ davon 19% = 2,06 Mrd. EUR in 2 Jahren = 4,12 Mrd. EUR, keine Baupreissteigerungen berücksichtigt!) (Rechnung Sondierer: zusätzlich 2 Mrd. für 2020 und 2021, Summe 2 Mrd. EUR)